

Anfrage Estermann Rahel und Mit. über den aktuellen Stand der digitalen Souveränität und des M365-Projekts im Kanton Luzern

eröffnet am 26. Oktober 2026

Die digitale Souveränität wurde in den vergangenen zwei Jahren in Luzern intensiv politisch diskutiert. Im Zentrum stand insbesondere die Einführung von Microsoft 365, sie warf Fragen zu den Rechtsgrundlagen, zum Datenschutz, zu Abhängigkeiten und zu fehlenden Alternativen auf. Mit dem Postulat P 543 hat der Kantonsrat im März 2026 die Entwicklung einer Strategie zur Stärkung der digitalen Souveränität teilweise erheblich erklärt. In der Zwischenzeit haben verschiedene Gemeinwesen in der Schweiz den Ausstieg aus M365 sowie Alternativen evaluiert. Insbesondere der Bund testete Open-Source-Bürosoftware – dies verlief positiv, und die Software soll bald für 3000 Mitarbeitende zur Verfügung stehen. Zudem wird der Bund wohl bald ein Impulsprogramm digitale Souveränität starten (Motion Heidi Zraggen).

Wir stellen dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Mit der teilweisen Erheblichkeit von P 543 hat der Regierungsrat angekündigt, die Risikomanagement-Analyse anzupassen, Notfallpläne für die Geschäftsprozesse auszuarbeiten und das Parlament verstärkt über Risiken von grossen Software-Abhängigkeiten zu informieren. Was ist der Stand dieser Arbeiten?
2. Hat sich die Risiko-Evaluation bezüglich der Abhängigkeit von einzelnen Software-Anbietern in den letzten Monaten verändert?
3. Mit dem Projekt M 365 verbunden waren und sind das Ausarbeiten von detaillierten Datenklassifizierungen, um sensible Daten möglichst nicht auf der Microsoft-Cloud zu verarbeiten, da diese amerikanischem Recht untersteht. Was ist der Stand dieser Klassifizierungen? Welche Datenkategorien sowie Anwendungen werden von Cloud-Diensten ausgeschlossen? Inwiefern stützt sich der Kanton dabei auf die Einschätzungen der kantonalen Datenschutzbeauftragten (privatim sowie Luzerner Datenschutzbeauftragte)?
4. Um Daten korrekt zu klassifizieren, muss der Kanton seine Mitarbeitenden schulen. Was ist der Stand dieser Schulungen? Wie schätzt der Regierungsrat die Risiken ein, wenn diese Verantwortung für korrekte Klassifizierung (und somit Datenhaltung) bei den Mitarbeitenden liegt?
5. Im Herbst 2024 rechnete der Kanton Luzern mit einmaligen Kosten von 5,8 Millionen Franken (Einführung) sowie 4,4 Millionen Franken jährlichen Betriebskosten für M 365. Wie haben sich seither die realen Kosten sowie die Schätzungen für die Zukunft entwickelt?
6. Plant der Kanton Luzern, oder allenfalls die Digitale Verwaltung Schweiz insgesamt, ebenfalls den Weg des Bundes einzuschlagen und Software-Alternativen (mit) zu testen? Und/oder Teil des Impulsprogramms des Bundes zu werden? Falls nein, wieso nicht?
7. Hat der Kanton weitere Massnahmen oder Projekte in Planung, mit denen er die digitale Souveränität Luzerns (weniger Abhängigkeit von einzelnen Anbietern, mehr Datensicherheit und Rechtsstaatlichkeit, Förderung lokaler Innovations-Ökosysteme) fördern will?

8. Wie verhindert der Kanton Luzern, dass er bezüglich der Nutzung von KI-Diensten in der Verwaltung nicht wieder in einen Vendor-Lock-in oder in Probleme mit Datensicherheit und Datenschutz gerät? Wurden entsprechende Vorkehrungen im Beschaffungswesen getroffen?
9. Bei M 365 wie auch anderen Produkten zeigt sich immer wieder, dass ein Vendor-Lock-in auch darin begründet ist, dass Alternativen aufgrund fehlender Anbindungen für andere Fachanwendungen nicht in Frage kommen. Wie wird bei der künftigen Beschaffung von Diensten sichergestellt, dass sie möglichst offene Schnittstellen anbieten, so dass Abhängigkeiten reduziert werden können?

Estermann Rahel

Misticoni Fabrizio, Brunner Simone, Koch Hannes, Heselhaus Sabine, Bolliger Roman, Irniger Barbara, Lichtsteiner Eva, Bühler-Häfliger Sarah, Rey Caroline, Pilotto Maria, Pfäffli Andrea, Zbinden Samuel, Horat Marc, Muff Sara, Budmiger Marcel, Roth Simon, Engler Pia, Sager Urban, Elmiger Elin, Widmer Reichlin Gisela, Bühler Milena, Renggli André, Schuler Josef